



Niederschrift

18. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.06.2015
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:08 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE
Herr Pete Heuer	SPD
Frau Babette Reimers	SPD
Herr Lars Eichert	CDU/ANW
Frau Saskia Hüneke	Grüne/B90

zusätzliches Mitglied

Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	bis ca. 21.00 Uhr
--------------------	------------	-------------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP
--	-----

sachkundige Einwohner

Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Bernd Putz		
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	bis ca. 21.50 Uhr
Herr Rudi Wiggert	SPD	

- 3.1.2 Kein Umbau der Zeppelinstraße zur Staufalle
Vorlage: 15/SVV/0159
Fraktion DIE LINKE
KOUL, HA
- 3.1.3 Bürgerbeteiligung bei den Planungen Zeppelinstraße
Vorlage: 15/SVV/0164
Fraktion SPD
KOUL, HA
- 3.2 Bebauungsplan Nr. 1A "Großer Plan - BA 1A"
Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung und Ergänzung, Teilbereich zwischen
den Wohngebieten In der Feldmark und Am Herzberg
Vorlage: 15/SVV/0279
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Golm
- 3.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 33 "Waldpark Großbeerenstraße"
Auslegungsbeschluss und Zustimmung zum Durchführungsvertrag sowie
Änderung des Flächennutzungsplans "Waldpark Großbeerenstraße"(03/14)
Vorlage: 15/SVV/0358
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff)
- 3.4 Sicherung der Kleingartenanlagen "An der Nuthestraße zwischen Friedrich-
Engels-Str. und Horstweg"
Vorlage: 15/SVV/0293
Fraktion SPD
- 3.5 Ausweitung Vorbereitende Untersuchungen Neuendorfer Anger/Horstweg
Vorlage: 15/SVV/0299
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
mit Änderungsantrag des Stadtverordneten Jäkel
- 3.6 Prüfung Verkehrsführung Neuendorfer Straße
Vorlage: 15/SVV/0360
Fraktion DIE LINKE
- 3.7 Bessere Anbindung an das Fernbusliniennetz
Vorlage: 15/SVV/0368
AfD Fraktion
- 3.8 Slot-Baustellenmanagement
Vorlage: 15/SVV/0391
Fraktion CDU/ANW
- 3.9 Alternative Verkehrsführung an der Kreuzung Zeppelinstraße/Breite Straße
Vorlage: 15/SVV/0392
Fraktion CDU/ANW
- 3.10 Handyparken
Vorlage: 15/SVV/0395
Fraktion CDU/ANW, SPD
SBV (ff)
- 3.11 Bebauungsplan Nr. 52 "Rote Kaserne Ost", Aufstellungsbeschluss zur 3.
Änderung, Teilbereich "Baufeld MI 7"
Vorlage: 15/SVV/0437
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

- 3.12 Sitzungskalender 2016
Vorlage: 15/SVV/0371
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
auch WA KIS
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Enteignungsverfahren nach § 15 Bundeskleingartengesetz zur Sicherung der
Kleingartenanlage "Klein Sanssouci"
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.2 Information über die Wiederholung des Bieterverfahrens für das Grundstück Fr.-
Ebert-Str. /Schloßstraße
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.06.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße
Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern
fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und
Verkehr vom 09.06.2015 erinnert Frau Hüneke an ihre Bitte, den Ausbaustandard
dieser Radwege anhand von Vergleichsbeispielen bereits im Vorfeld im SBV-
Ausschuss vorzustellen und bittet eine Bestätigung der Verwaltung
protokollarisch festzuhalten.

Der Ausschussvorsitzende gibt an, dass die Bitte in der Niederschrift unter TOP
5.2 „Sachstandsbericht Uferwegekonzept“ festgehalten worden ist und somit der
Verwaltung bekannt ist. Eine Protokollergänzung hält er nicht für erforderlich.

Weitere Hinweise zur Niederschrift gibt es nicht; die Niederschrift wird mit 6 Ja-
Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass die Vorstellung von Bauvorhaben vor der Sitzung erfolgt ist und keine Rückfragen offen geblieben sind.

Herr Heuer bittet in der heutigen Sitzung um Information des Beigeordneten zur Grundstücksangelegenheit von Herrn Klipp.

Herr Klipp sagt dies zu.

Herr Klipp bittet unter Mitteilungen der Verwaltung folgenden Punkt neu aufzunehmen: Information über die Wiederholung des Bieterverfahrens für das Grundstück Fr.-Ebert-Str. /Schloßstraße.

Herr Eichert schlägt vor, die Tagesordnungspunkte Zeppelinstraße heute in 1. Lesung zu behandeln. Dadurch bestünde die Möglichkeit weiteren Informationsbedarf abzuwarten und zu bewerten.

Herr Heuer bittet alle Punkte i.S. Zeppelinstraße im Zusammenhang zu behandeln und somit den TOP 3.9 nach TOP 3.1.3. aufzurufen.

Die entsprechend geänderte Tagesordnung wird mit 6/0/1 bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Zeppelinstraße

zu 3.1.1 Vorstellung der Visualisierung des Verkehrsablaufes im Bereich der Zeppelinstraße einschließlich der weiteren Simulationsergebnisse

Der Ausschussvorsitzende erinnert an den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2015 die Visualisierung des Verkehrsablaufes im Bereich der Zeppelinstraße vorzustellen. Er äußert sein Befremden darüber, dass die Öffentlichmachung bereits vorgenommen worden ist, bevor der Auftraggeber (die Stadtverordnetenversammlung) davon Kenntnis nehmen konnte. Er bittet, künftig solche Informationen zuerst dem Auftraggeber zur Kenntnis zu geben und erst im Anschluss der Öffentlichkeit.

Herr Klipp bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass er als Beigeordneter nicht Angestellter des SBV-Ausschusses sei und beruft sich darauf, dass der Oberbürgermeister die Festlegung getroffen hat, am selben Tag der Berichterstattung im Ausschuss die Presse und Nachbargemeinden zu informieren. Da dies im Anschluss an den Ausschuss aus zeitlichen Gründen kaum umsetzbar ist, erfolgte die Presseinformation bereits am Nachmittag.

Zugleich macht er aufmerksam, dass es damit für die Pressevertreter die Möglichkeit zu klärenden Rückfragen gegeben habe, zu denen sie im Ausschuss entsprechend der Geschäftsordnung keine Möglichkeit hätten.

Herr Dörrie (Bereich Verkehrsentwicklung) gibt anhand der Präsentation „Maßnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte für Luftschadstoffe in der Zeppelinstraße“ Erläuterungen zu folgenden Themen:

- Ausgangslage
- aktueller Arbeitsstand
- untersuchte Varianten
- Ergebnisse zus. Luftschadstoffbetrachtung
- Zusammenfassung Luftschadstoffbetrachtung
- Ergebnisse Verkehrssimulation
- Schlussfolgerungen

und geht auf die weiteren Schritte ein.

Im Ergebnis ist ein Gesamtkonzept mit dem Ziel der Verringerung der Kfz-Verkehrsmenge durch Schaffung attraktiver Alternativen u.a. im ÖPNV und Radverkehr umzusetzen. Dies kann jedoch nur durch die Bündelung verschiedener Maßnahmen erfolgen. (Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.). Den Verkehrsfluss zeigt Herr Dörrie mittels eines Filmes.

Innerhalb einer kontroversen Diskussion gehen Herr Dörrie und Herr Klipp auf verschiedene Nachfragen und Hinweise der Ausschussmitglieder ein:

- Die Abbildung des Verkehrs in der Visualisierung erfolgt um 18,5 % reduziert; statt jetzt 27.000 Fahrzeuge dann 22.000 Fahrzeuge am Tag (erforderlich zur Einhaltung der Luftschadstoffgrenzwerte)
- Einrichtung einer Umweltzone ist in Potsdam nicht zielführend; Verweis auf Darstellung des Landesamtes für Umwelt und Verbraucherschutz; bereits jetzt gibt es einen hohen Anteil von Nutzern mit grüner Plakette; Fahrzeuge mit geregelterm Dreiwegekatalysator bekommen die grüne Plakette, bringen jedoch keinen Gewinn in Sachen Einsparung von Stickoxiden.

Änderung des Verkehrsflusses z.B. wie in der Heerstraße durch Sperrung einzelner Spuren/richtungsabhängige Verkehrssteuerung hat keine Auswirkung auf die entscheidenden Faktoren zur Reduzierung der Luftschadstoffbelastung; problematisch ist aus verkehrsorganisatorischer Sicht zudem die Frage der Abbiegeverkehre.

- Ca. 50 % des Verkehrs in der Zeppelinstraße erfolgt aus dem Umland; deshalb Errichtung von P&R und Verbesserung des ÖPNV-Angebotes notwendig; Taktverdichtung vor allem in den Spitzenzeiten auf den Bus-Linien 631 und 580
- Eine Reduzierung des motorisierten Verkehrs aus Richtung Potsdam-West durch ÖPNV-Angebote bzw. Schaffung der Verkehrssicherheit für Radfahrer erreichbar.
- Die Verkehrssimulation basiert in den Grundannahmen auf Ist-Zahlen aus dem Jahr 2015.

- Die umweltabhängige Verkehrssteuerung hat z.B. in der Behlerstraße den gewünschten Effekt gebracht; ist jedoch in der Zeppelinstraße nicht ausreichend, so dass eine Nachsteuerung notwendig ist.
- Der Untersuchungsraum erstreckt sich für das gesamte Netz bis nach Werder, auch die B 273 ist untersucht worden.
- Gespräche mit dem Verkehrsbetrieb Potsdam sind in verschiedener Hinsicht erfolgt; die Straßenbahn stellt bereits ein sehr gutes Angebot dar; ohne weitere Verdichtungsnotwendigkeiten. Taktverdichtung in Richtung Werder in Abstimmung mit dem Landkreis gewünscht.
- LKW-Fahrverbot nicht sinnvoll, da dieser die ganze Stadt versorgt (Dienstleistungen, Baustellen etc.); kein gebietsfremder LKW-Verkehr
- am vergangenen Freitag gab es eine Einladung nach Schwielowsee; es wurde vermittelt, dass nicht nur Potsdam weiter wachsen wird, sondern auch die Nachbargemeinden, Maßnahmenbündel auch in Abstimmung mit dem Landkreis/den Nachbargemeinden erforderlich.
- Sollte das Ziel der notwendigen Schadstoffreduzierung im Bestand nicht erreicht werden und das vorgeschlagene Maßnahmenbündel nicht umgesetzt werden wäre eine stärkere Dosierung des Verkehrs mit Pfortnerampeln notwendig. Dies würde jedoch nur zu Lasten der Nachbargemeinden gehen und wäre eine einseitige und unsolidarische Lösung.

Von verschiedenen Ausschussmitgliedern erfolgen weitere Hinweise bzw. wird weiterer Informationsbedarf angemeldet:

- Die Möglichkeit alle Filmsequenzen einzusehen.
- Nähere Erläuterungen zur Zusammenwirkung, wie P&R, Busspur und Darstellung des Vorteiles durch ÖPNV.
- Methodisches Darstellungsproblem; kausale Zusammenhänge nicht erkennbar
- Verkehrssituation in der Zeppelinstraße nicht befriedigend
- Darstellung der Wirkung der Menge von Lösungsansätzen auf den direkten Effekt
- Prüfung der Ausweichverkehre in der Forststraße; Angebot der Verwaltung im Detail zu informieren.
- Abarbeitung der Folgerichtigkeit und kausalen Zusammenhänge; Gedanken über alternative Angebote, wie die fehlende Betrachtung der Verdichtung der Regionalbahn
- Simulation sollte als worst-case-Szenario dargestellt werden

- Auch dezentrales Schaffen von Angeboten; Konzentration auf die gesamte Region -> Thema, was in der morgigen Sitzung mit dem Landkreis thematisiert werden sollte.

Herr Linke dankt für die vorgestellten Ergebnisse. Seines Erachtens zeigt die präsentierte Visualisierung das, was mit dem Beschluss 15/SVV/0231 beauftragt worden ist. Die Bündelung aus Umbau- und Angebotsausweitung lasse erkennen, dass die Reduzierung der Luftschadstoffe möglich ist. Bei den Maßnahmen sollte mit der Angebotsausweitung im Jahr 2015 begonnen werden und die Umbaumaßnahmen später in 2016.

Herr Jäkel vermisst die Darstellung der Bewältigung der gegenwärtigen Verkehrsströme von ca. 27.000 KFZ pro Tag unter den Bedingungen der angenommenen Spurverringering in der Zeppelinstraße in der Simulation. Weil er keinen kausalen Zusammenhang erkennen kann, dass eine engere Fahrbahn zu einer Abnahme der Menge des KFZ-Verkehrs führt, muß zunächst die Bewältigung der aktuellen und noch weiter durch Einwohnerzuwachs wachsenden Verkehrsmenge abgesichert werden. Dann ist es erforderlich, die verschiedenen möglichen Verbesserungen des ÖPNV (Eisenbahn, Bus, Straßenbahn) und anderer Maßnahmen darzustellen und deren konkrete Auswirkung auf die Verringerung des Verkehrsaufkommens zu bilanzieren. Ohne dringend nötige reale Verbesserungen des ÖPNV wird auch keine Abnahme des MIV eintreten. Weiterhin hält Herr Jäkel die in vorangegangenen Sitzungen von ihm aufgeworfenen Fragen, wie Anlieferverkehre in einer nur noch dreispurigen Zeppelinstraße abgewickelt werden können, für nicht beantwortet.

Er und andere Ausschussmitglieder, zum Beispiel Herr Heuer, Frau Reimers, Herr Naumann, Herr Eichert, Herr Schütt, Herr Osten-Sacken und Herr Wiggert bitten darum, die konkreten kausalen Zusammenhänge zu beachten und deren Auswirkungen auf die Simulation nachzureichen.

Nach Zusage der Verwaltung, die Langfassung den Ausschussmitgliedern zur Ansicht zu ermöglichen und die ergänzenden Fragen zu beantworten nehmen die Ausschussmitglieder dieses Angebot dankend an.

Frau Hüneke stellt den Geschäftsordnungsantrag die Zeppelinstraße heute in erster Lesung zu behandeln, sich vor Ort umzusehen, alle Simulationen anzusehen und dann die Drucksachen im September 2015 erneut aufzurufen.

Herr Eichert wiederholt den Geschäftsordnungsantrag von Frau Hüneke und bittet alle Anträge 15/SVV/0159, 0164 und 0392 nochmals zu vertagen, um bis September 2015 die Gelegenheit zu erhalten, sich mit den noch offenen Fragen in Abstimmung mit der Verwaltung auseinander zu setzen.

Der SBV-Ausschuss stimmt mit 7/0/0 für die Vertagung der v.g. Anträge in die September-Ausschusssitzung.

zu 3.1.2 Kein Umbau der Zeppelinstraße zur Staufalle
Vorlage: 15/SVV/0159
Fraktion DIE LINKE
KOUL, HA

Siehe TOP 3.1.1 – Wiedervorlage zur Sitzung im September 2015.

zu 3.1.3 Bürgerbeteiligung bei den Planungen Zeppelinstraße

Vorlage: 15/SVV/0164

Fraktion SPD

KOUL, HA

Siehe TOP 3.1.1 – Wiedervorlage zur Sitzung im September 2015.

zu 3.9 Alternative Verkehrsführung an der Kreuzung Zeppelinstraße/Breite Straße

Vorlage: 15/SVV/0392

Fraktion CDU/ANW

Siehe TOP 3.1.1 – Wiedervorlage zur Sitzung im September 2015.

zu 3.2 Bebauungsplan Nr. 1A "Großer Plan - BA 1A"

Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung und Ergänzung, Teilbereich zwischen den Wohngebieten In der Feldmark und Am Herzberg

Vorlage: 15/SVV/0279

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

OBR Golm

Frau Eichler (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) erinnert, dass die Vorlage bereits in der Sitzung am 12.5.15 eingebracht worden ist und berichtet, dass der Ortsbeirat Golm in seiner Sitzung am 11.6.15 der Vorlage (sh. zur Sitzung ausgereichte geänderte Anlage 2 und Anlage 3) mit 2/1/2 zugestimmt hat.

Herr Krause (Ortsvorsteher Golm) bestätigt, dass die von der Verwaltung vorgelegte geänderte Fassung mehrheitlich angenommen worden ist. Er berichtet, dass man sich zuvor sehr intensiv mit der Vorlage und den Planungszielen im Ortsbeirat beschäftigt habe und durch die Verwaltung eine sprachliche Nachjustierung der Anlage 2 sowie eine Änderung im Plan Anlage 3 vorgenommen wurde.

Der Ausschussvorsitzende stellt die von der Verwaltung geänderte Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 1A "Großer Plan – BA 1A" ist im Teilbereich zwischen den Wohngebieten In der Feldmark und Am Herzberg gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m § 1 Abs. 8 BauGB zu ändern und zu ergänzen (gemäß Anlagen 2 und 3).

Mit geänderter Anlage 2 und Planskizze, entsprechend dem Votum des Ortsbeirates Golm – sh. zur Sitzung ausgereichte Unterlagen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 3.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 33 "Waldpark Großbeerenstraße" Auslegungsbeschluss und Zustimmung zum Durchführungsvertrag sowie Änderung des Flächennutzungsplans "Waldpark Großbeerenstraße"(03/14) Vorlage: 15/SVV/0358

FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff)

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass sich der KOUL-Ausschuss zwischenzeitlich mit dieser Vorlage befasst hat und dort mit 3/3/1 abgelehnt worden ist.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) macht auf das Schreiben, einschl. der Tabelle zur Angemessenheitsberechnung, aufmerksam, welches den Ausschussmitgliedern am vergangenen Donnerstag zugeleitet worden ist und geht im Einzelnen auf die verschiedenen Positionen erläuternd ein. Er bringt abschließend nochmals zum Ausdruck, dass die beiden Planverfahren (Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 33 „Waldpark Großbeerenstr.“ und Bebauungsplan Nr. 145 „Am Humboldtring“) nicht vergleichbar sind. Sollte es aus Sicht der Stadtverordneten weitere Themen geben, dann bedarf dieses eines gesonderten Beschlusses.

Herr Heuer betont, dass auch hier ein sozialer Ausgleich geschaffen werden sollte. Aus dem gestern durch den Vorhabenträger an die Fraktionen übermittelten Schreiben ist eine ablehnende Haltung für weitere Aktivitäten erkennbar.

Herr Klipp unterstreicht nochmals, dass anders als in einem „normalen“ Bebauungsplan als Angebotsplanung das Instrumentarium des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes auf die unmittelbare Umsetzung des Vorhabens gerichtet ist. Die notwendigen Rahmenbedingungen und Fristen sind im Durchführungsvertrag geregelt. In dem hier vorliegenden Fall ist der Durchführungsvertrag bereits vom Vorhabenträger unterzeichnet worden und ist mit Anlage 6 Bestandteil der Vorlage. Das hier gewählte Instrumentarium des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes bietet jedoch keine Spielräume für Vorgaben zu eventuellen inhaltlichen Änderungen der Planung, sondern es verlangt eine Entscheidung des Plangebers, ob die vorgelegten Planunterlagen bestätigt oder abgelehnt werden.

Insofern bestätigt Herr Klipp die Aussage von Herrn Wolfram, dass hier ein klarer Auftrag seitens der Politik erforderlich sei, um nochmals mit dem Vorhabenträger in Verhandlungen einzutreten. Dafür ist ein klar formulierter Auftrag seitens der Politik notwendig.

Herr von Osten-Sacken bittet das Maß und das Ziel, was auf dem Grundstück passieren soll, im Auge zu behalten.

Frau Hüneke spricht die Umwandlung von einer Grünfläche im Flächennutzungsplan in Bauland an. Die aktuelle Information über die Baukostensteigerung sei für sie nicht nachvollziehbar. Von daher richtet sie die Bitte an die Verwaltung auf Prüfung, da die Beurteilung der Kostenschätzung nicht durch die Politik vorgenommen werden könne.

Herr Schütt erinnert, dass es sich hier um ein laufendes Verfahren handelt und ein Vertrauensschutz bestehe. Der Vergleich mit dem Bebauungsplanverfahren „Am Humboldttring“ könne seines Erachtens nicht gezogen werden. Die heute vorliegende Beschlussvorlage sei aus seiner Sicht beschlussfähig und könne heute entschieden werden.

Frau Reimers schließt sich der Äußerung von Frau Hüneke an, dass eine Einschätzung, wie realistisch die erhöhten Kosten sind, erforderlich ist.

Herr Heuer bittet ebenfalls um Information zu den Zahlen, um ggf. einen entsprechenden Antrag für eine Beauftragung vorbereiten zu können.

Herr Jäkel erklärt das Beratungsergebnis der Fraktion Die Linke von gestern Abend. Dort war die Absicht verabredet, einen Teil der durch Umwandlung von Grünland in Bauland entstehenden Wertsteigerung für die soziale Komponente preisgünstigen Wohnens zu erschließen.

Herr Klipp verweist nochmals auf die Notwendigkeit eines entsprechenden Beschlusses durch die Stadtverordnetenversammlung um die Verwaltung hier zu beauftragen und zu legitimieren, schon um erneuten Vorwürfen gegen die Verwaltung vorzubeugen.

Herr Linke stellt den Geschäftsordnungsantrag die Vorlage auf die September-Sitzung zu vertagen, um der SPD-Fraktion die Gelegenheit zu geben, bis dahin eine geeignete Formulierung zu finden.
Für und gegen den GO-Antrag spricht niemand.

**Der Ausschussvorsitzende stellt den GO-Antrag auf Vertagung zur Abstimmung:
Abstimmungsergebnis 4/1/2**

**zu 3.4 Sicherung der Kleingartenanlagen "An der Nuthestraße zwischen Friedrich-Engels-Str. und Horstweg"
Vorlage: 15/SVV/0293
Fraktion SPD**

Die Tagesordnungspunkte 3.4 und 3.5 werden aufgrund des thematischen

Zusammenhanges gemeinsam behandelt.

Der Ausschussvorsitzende informiert über ein von Herrn König als Eigentümer von Flurstücken in Potsdam-Babelsberg, Kleingartenanlage am Horstweg zum TOP 3.5 beantragtes Rederecht.

Gegen die Gewährung des Rederechtes erfolgt kein Widerspruch.

Herr Alfons König hält die Aufstellung eines Bebauungsplanes zur Lösung des Problems für wenig geeignet. Er sei bereit, mit den Gartennutzern einen Kompromiss zu suchen. Sein Ziel sei eine Wohnbebauung an der Dieselstraße, im Gegenzug aber die dauerhafte Sicherung der Gartennutzung auf der restlichen Fläche.

Herr Heuer bringt den Antrag 15/SVV/0293 zur langfristigen Sicherung der Kleingartenanlagen, die aus der Vorbereitenden Untersuchung für das Gebiet „An der Nuthestraße zw. Fr.-Engels-Str. und Horstweg“ ausgegliedert wurden, ein. Er ergänzt, dass ihn zwischenzeitlich die Information aus der Kleingartenkommission erreicht hat, dass sich der Investor und die Kleingärtner auf eine gemeinsame Gesprächsebene begeben wollen. Aus diesem Grunde unterbreitet Herr Heuer den Vorschlag, den SPD-Antrag mit der von Juni auf September geänderten Terminstellung zu beschließen, so dass im September die Informationen vorliegen und im SBV-Ausschuss eine Abschätzung der unterschiedlichen Interessen möglich ist.

Herr von Osten-Sacken bringt den Antrag 15/SVV/0299 zur Ausweitung der Vorbereitenden Untersuchungen zum Neuendorfer Anger/Horstweg ein.

Herr Jäkel bringt folgenden Änderungsantrag zum Antrag 15/SVV/0299 ein. „Der OBM wird beauftragt, einen Aufstellungsbeschluss zur Sicherung der Kleingärten in Babelsberg im Plangebiet „An der Nuthestraße zw. Fr-Engels-Str. und Horstweg“ einzubringen.“

Herr Berlin bittet um Information zum Votum aus der Kleingartenkommission. Dem Antrag der SPD-Fraktion könne er zustimmen. Den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE unterstützt Herr Berlin.

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) geht auf die Rahmenbedingungen ein und stellt die aktuelle Eigentumssituation dar. Er informiert über die Handlungsmöglichkeiten durch das Besondere Städtebaurecht nach Einleitung Vorbereitender Untersuchungen und insbesondere nach Einbeziehung in den Entwicklungsbereich Babelsberg (Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

Herr Lehmann macht abschließend deutlich, dass im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen städtebauliche Missstände aufgezeigt und planerische Lösungsansätze auch zur Sicherung von Kleingärten integriert werden können, für die mit den Instrumenten einer Entwicklungsmaßnahme das breiteste kommunale Handlungsspektrum einschließlich Grundstückskauf und

Abschöpfung von Planungsgewinnen gegeben ist.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) informiert aus der Kleingartenkommission. Hinsichtlich des planungsrechtlichen Themas sind Regelungen über das Baurecht erforderlich. Zur eigentumsrechtlichen Thematik sei jedoch kein Eingriff möglich.

Als Fazit aus der Beratung der Kleingartenkommission gibt Herr Wolfram wieder, dass der Versuch unternommen wird, in Gesprächen eine einvernehmliche Lösung zu finden. Die Verwaltung hat Angebote unterbreitet, diese Gespräche zu moderieren. Für den Fall, dass eine einvernehmliche Lösung zwischen Eigentümer und Gartennutzern gefunden wird, ist die Durchführung Vorbereitender Untersuchungen ggf. nicht erforderlich, da die Möglichkeiten des Bauleitplanverfahrens ausreichen.

Frau Reimers appelliert auch die Wegebeziehungen und die Erschließung zu klären und die Untersuchungen nicht nur in Richtung Kleingartensicherung auf der einen Seite und Wohnungsbebauung auf der anderen Seite zu beschränken.

Herr Eichert sieht den Handlungsdruck nach § 34 BauGB für gegeben. Auch aus seiner Sicht wäre es am besten, wenn sich der Eigentümer und die Kleingärtner einigen, um so eine Sicherung zu erzielen.

Herr Heuer bittet für diese Gespräche den Zeitraum bis September 2015 zu gewähren.

Frau Hüneke bestätigt, dass das eigentliche Ziel der Erhalt der Kleingärten ist.

Als Ausschussvorsitzender schlägt Herr Jäkel folgenden Kompromiss vor:

Der Antrag der Fraktion SPD 15/SVV/0293 sollte heute zur Abstimmung gebracht werden und der Antrag der Fraktion BürgerBündnis/FDP 15/SVV/0299 sowie der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Antrag 15/SVV/0299 sollten zurück gestellt werden, bis das Ergebnis zum Beschluss 15/SVV/0293 im September 2015 im SBV-Ausschuss vorgelegt wird.

Dieser Vorschlag findet Zustimmung unter den Ausschussmitgliedern, so dass der Antrag 15/SVV/0293 zur Abstimmung gestellt wird:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kleingärtenanlagen, die aus der Voruntersuchung für das Gebiet "An der Nuthestraße zwischen Friedrich-Engels-Str. und Horstweg" ausgegliedert wurden, langfristig zu sichern. Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ist im Juni **September** 2015 darzulegen,

mit welchen Instrumenten das erreicht werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 3.5 Ausweitung Vorbereitende Untersuchungen Neuendorfer Anger/Horstweg

Vorlage: 15/SVV/0299

Fraktion Bürgerbündnis-FDP

mit Änderungsantrag des Stadtverordneten Jäkel

Siehe TOP 3.4.

Herr Jäkel stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag 15/SVV/0299 und den dazu eingebrachten Änderungsantrag zurück zu stellen.

Für den GO-Antrag spricht niemand, dagegen ebenfalls nicht.

Der GO-Antrag auf Vertagung wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis: 6/1/0

Die Wiedervorlagen zur DS 15/SVV/0299 werden dann gemeinsam mit dem Bericht der Verwaltung zum Antrag 15/SVV/0293 im September 2015 aufgerufen.

zu 3.6 Prüfung Verkehrsführung Neuendorfer Straße

Vorlage: 15/SVV/0360

Fraktion DIE LINKE

Eine Einbringung wird nicht für erforderlich gehalten.

Herr Klipp teilt mit, dass die Verwaltung den Antrag annimmt und zu gegebener Zeit berichten wird.

Herr Jäkel bekräftigt für den Antragsteller nochmals den Auftrag die Berichterstattung in schriftlicher Form vorgelegt zu bekommen und stellt als Ausschussvorsitzender den Antrag mit der auf September 2015 geänderten Terminstellung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die Verkehrsführung in der

Neuendorfer Straße in folgenden Punkten verbessert werden kann:

- Fahrradwegmarkierungen auf der Fahrbahn bei Vorhandensein eines Radweges neben der Fahrbahn - Einhaltung der Straßenverkehrsordnung,
- Gemeinsame Bus-und Fahrradspur auf Neuendorfer Straße an Bushaltestelle Richtung Drewitz/KSF - Einhaltung der Straßenverkehrsordnung,
- Verkehrsführung auf der Galileistraße an Haltestelle Keplerplatz - Rechtsabbiegespur zur Neuendorfer Straße für Busse bei Wiedereingliederung in Straßenverkehr schwierig - Prüfung der Wiedereinführung einer gemeinsamen Links-und Rechtsabbiegespur,
- LSA -gemeinsame Ampelschaltung für Geradeaus-und Busspur in Richtung Keplerplatz/Großbeerenstraße oder Entfernung der gesonderten Ampel für Busse,
- Bushaltestellenhäuschen Haltestelle Lilienthalstraße - Werbung verdeckt Sicht aus Richtung Lilienthalstraße auf Neuendorfer Straße abbiegend,
- Gestaltung der Linksabbiegespur auf Neuendorfer Straße in Richtung Lilienthalstraße, beidseitig Sicht-und Fahrbehinderungen,
- Durchführung von Verkehrszählungen zu Stoßzeiten(7.00-9.00 Uhr, 15.00-18.00 Uhr) zwischen Großbeerenstraße und Auffahrt Nuthestraße (Rückstau, Beeinträchtigung Ein-und Ausfahrten auf private Wohngrundstücke zwischen Keplerplatz und Nuthestraße, (Unfallgefahr).

Die Stadtverordnetenversammlung ist im ~~Juli~~ **September** 2015 über das Prüfergebnis schriftlich zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3.7 Bessere Anbindung an das Fernbusliniennetz

Vorlage: 15/SVV/0368

AfD Fraktion

Der Ausschussvorsitzende informiert im Auftrage der antragstellenden Fraktion, dass der KOUL-Ausschuss den Antrag in geänderter Fassung einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen hat und bittet diese Fassung auch im SBV-Ausschuss zur Abstimmung zu bringen.

Gesprächsbedarf besteht nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Fassung zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Herr Oberbürgermeister wird beauftragt, die weitere Anbindung der Landeshauptstadt Potsdam an das Fernbusliniennetz aktiv zu fördern sowie **abzuprüfen, welche etwaige weiteren Standorte für die erforderliche Haltestelleninfrastruktur zu ermöglichen in Frage kommen.**

Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2015 ein Fortschrittsbericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

zu 3.8 Slot-Baustellenmanagement
Vorlage: 15/SVV/0391
Fraktion CDU/ANW

Herr Eichert bringt den Antrag ein.

Herr Klipp teilt mit, dass die Verwaltung dem Prüfauftrag nachkommen wird.

Herr Jäkel schlägt vor, neben dem Hauptausschuss auch dem SBV-Ausschuss Bericht zu erstatten und bittet dies im Antrag zu ergänzen.

Herr Eichert stimmt der v.g. Ergänzung zu.

Der Ausschussvorsitzende stellt den so ergänzten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob das in Hessen mit großem Erfolg eingeführte Slotmanagement für die Planung von Baustellen in Potsdam eingeführt werden kann. Dem Hauptausschuss **und dem SBV-Ausschuss** ist bis Ende 2015 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.10 Handyparken
Vorlage: 15/SVV/0395
Fraktion CDU/ANW, SPD
SBV (ff)
Herr Eichert bringt den Antrag ein.

Herr Klipp bestätigt, dass die Verwaltung dem Prüfauftrag gern nachkommen wird.

Herr Dr. Naumann äußert sich ebenfalls zustimmend, hält es jedoch für notwendig auch die Einführung bargeldloser Zahlungsmethoden, zum Beispiel per Kreditkarte, zu prüfen. Herr Dr. Naumann stellt den Antrag folgende Ergänzung aufzunehmen: „oder andere moderne bürgerfreundliche Alternativen“.

Herr Eichert greift die Bitte auf und schlägt als Antragsteller vor, folgende Ergänzung zu übernehmen: „auch weitere bargeldlose Alternativen beim Parken“

Der Ausschussvorsitzende stellt den so ergänzten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, Handyparken zuzulassen und die Einführung dieser modernen, bürgerfreundlichen Technologie **und auch weitere bargeldlose Alternativen beim Zahlen der Parkgebühr** zu prüfen und öffentlichkeitswirksam zu begleiten.

Die technischen Voraussetzungen sind dafür zeitnah zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3.11 Bebauungsplan Nr. 52 "Rote Kaserne Ost", Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung, Teilbereich "Baufeld MI 7"
Vorlage: 15/SVV/0437
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) informiert, dass aus aktuellem Anlass das Erfordernis für den geltenden Bebauungsplan Nr. 52 "Rote Kaserne Ost" im

Entwicklungsbereich Bornstedter Feld das 3. Änderungsverfahren durchzuführen, besteht. Er verweist auf die dynamische Bevölkerungsentwicklung und den daraus ableitbaren erhöhten und langfristigen Bedarf an Schulplätzen im Potsdamer Norden. Aus Sicht der Verwaltung ist der im Schulentwicklungsplan 2014/2020 vorgesehene Standort an der Esplanade für eine temporäre dreizügige Grundschule mit Hort in Modulbauweise zu überdenken. Aus wirtschaftlichen, nachhaltigen und stadtplanerischen Gesichtspunkten wird seitens der Verwaltung dem Standort auf dem Baufeld MI 7 für eine dauerhafte Grundschule mit Hort der Vorzug gegeben. Die Vorlage zur Anpassung an die Schulentwicklungsplanung liegt den Stadtverordneten ebenfalls zur Sitzung am 1. Juli 2015 vor.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Geltungsbereich des in Kraft gesetzten Bebauungsplans Nr. 52 "Rote Kaserne Ost", 1. Änderung wird für den in den Anlagen 1 und 2 bezeichneten Teilbereich "Baufeld MI 7" das 3. Änderungsverfahren eingeleitet. Das Änderungsverfahren wird unter der Bezeichnung Bebauungsplan Nr. 52 "Rote Kaserne Ost", 3. Änderung, Teilbereich "Baufeld MI 7" durchgeführt.
2. Die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 für den Teilbereich "Baufeld MI 7" wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung in einem beschleunigten Verfahren durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

zu 3.12 Sitzungskalender 2016

Vorlage: 15/SVV/0371

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung auch WA KIS

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass im Dezember 2016 keine SBV-Ausschusssitzung vorgesehen ist und bittet vorsichtshalber den 13.12.2016 zusätzlich in den Sitzungskalender aufzunehmen. Sollte zu diesem Zeitpunkt keine Notwendigkeit zur Durchführung einer Sitzung bestehen, könne er immer

noch entfallen. Da am 13.12.2016 nur noch der Eingaben- und Beschwerden-Ausschuss tagt, dürfte es keine Probleme mit Überschneidungen geben.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag zu.

Der Ausschussvorsitzende stellt den ergänzten Sitzungskalender zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2016 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihrer Fraktionen und Ausschüsse sowie weiterer Gremien.

Als zusätzlicher Termin ist der 13.12.2016 vorzumerken.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Enteignungsverfahren nach § 15 Bundeskleingartengesetz zur Sicherung der Kleingartenanlage "Klein Sanssouci"

FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) geht auf die rechtliche Situation der Kleingartenanlage „Klein Sanssouci“ ein. Er teilt mit, dass die beabsichtigten Verfahren nicht der Entziehung des Eigentums dienen, sondern lediglich der Begründung eines Pachtvertrages für die Kleingartennutzung. Der Eigentümer ist derzeit nicht bereit, Pachtverträge in Übereinstimmung mit dem Bundeskleingartengesetz abzuschließen. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass der Eigentümer vermutlich die Umwandlung der Fläche in Erholungsgärten plant, um eine höhere Pacht zu erzielen. Diese Nutzung widerspricht den Festsetzungen des Bebauungsplans.

Zielstellung ist die dauerhafte Sicherung der Kleingartenanlage, die seit 2005 im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 84 „Lennéstraße“ als private Grünfläche mit der Zweckbestimmung Dauerkleingärten festgesetzt ist.

Um dieses zu erreichen beabsichtigt die Verwaltung bei der Enteignungsbehörde des Landes Brandenburg für die Fläche der Kleingartenanlage „Klein Sanssouci“ die Begründung eines Kleingartenpachtvertrages durch Enteignung in Anwendung des § 15 Bundeskleingartengesetzes (BKleingG) und die vorzeitige Besitzeinweisung

zu beantragen. Eine entsprechende Vorlage liegt den Stadtverordneten mit der DS-Nr. 15/SVV/0448 zur Beschlussfassung in der Sitzung am 1.7.2015 vor.

Der Ausschussvorsitzende bestätigt, dass diese Thematik in der Kleingartenkommission beraten und dort zustimmend empfohlen worden ist.

Herr von Osten-Sacken hinterfragt, welche Befugnisnorm angewandt werden soll.

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt kein Widerspruch zum Verfahren.

zu 4.2 Information über die Wiederholung des Bieterverfahrens für das Grundstück Fr.-Ebert-Str. /Schloßstraße
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) informiert, dass das Vergabeverfahren auf der Grundlage der mit Beschluss DS 10/SVV/0412 „Leitbauten in der Potsdamer Mitte - Integriertes Leitbautenkonzept“ von der Stadtverordnetenversammlung am 1.9.2010 festgelegten Verfahrensgrundsätze und Ausschreibungsvorgaben für das Grundstück wiederholt werden muss.

Ziel ist der Beginn der Ausschreibung bereits im September 2015, damit das Grundstück zur Immobilienmesse Expo Real in München Anfang Oktober entsprechend angeboten und beworben werden kann.

Alle in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen werden darüber in dieser Woche durch ein entsprechendes Anschreiben der Verwaltung informiert, verbunden mit der Bitte einen Vertreter pro Fraktion als Mitglied des Auswahlgremiums zu benennen. Gemäß den allgemeinen Verfahrensgrundsätzen muss dies nicht zwingend ein Fraktionsmitglied sein.

Der Ausschussvorsitzende bittet das Schreiben neben den Fraktionen auch den Mitgliedern des SBV-Ausschusses zu übermitteln.

Frau Hüneke regt an, sich im Vorfeld die Vertragsgestaltung näher anzusehen.

Herr Lehmann äußert, dass es an dieser Stelle nicht für erforderlich gehalten wird.

Herr Klipp ergänzt, dass es hier um die Wiederholung des Verfahrens Alte Fahrt (Block I) im Block II geht. Bei den Blöcken III und IV sei ein neues Verfahren sinnvoll.

Herr Lehmann gibt auf Nachfrage zu Protokoll, dass die Wiederholung erforderlich ist, weil das Bieterverfahren ohne Ergebnis beendet worden ist.

zu 5 Sonstiges

Herr Klipp teilt mit, dass er die von Herrn Heuer erbetenen Informationen zum Bauvorhaben Bertiniweg in nichtöffentlicher Sitzung geben wird.

Die Öffentlichkeit verlässt den Sitzungsraum.